

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

31.10.1862 (No. 256)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 31. Oktober.

Nr. 256.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate November und Dezember der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

Kassel, 30. Okt. Heute wurde die Ständerversammlung durch Hrn. v. Sternberg Namens des Kurfürsten eröffnet. In der Eröffnungsrede wird bemerkt: Den Ständen werde nur ein neues Wahlgesetz vorgelegt, Weiteres aber vorbehalten. Nach der Eidesablegung legte der Landtagskommissar den Wahlgesetzentwurf vor, worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wurde.

Warschau, Donnerstag 30. Okt. Der heutige „Dziennik“ bringt eine Mitteilung über die Umtriebe des revolutionären Zentralkomitees. Präsident ist Mieroslawski, und der Hauptzweck Steuererhöhungen zu einer Fondsammlung, bestehend in einer halbprozentigen Vermögenssteuer und einer fünfprozentigen Einkommenssteuer.

London, 29. Okt. (Köln. Ztg.) Dr. Buchanan, bisher englischer Gesandter im Haag, ist zum Vizekanzler in Berlin ernannt. — Die „Times“ betrachtet die Anwartschaft des Prinzen Alfred auf den griechischen Thron als illusorisch.

Beracruz, 2. Okt. (W. L. V.) Eine Proklamation des Generals Forey vom 23. Sept. sagt u. A.: „Das durch unsere Waffen betroffene mexikanische Volk wird die Freiheit haben, diejenige Regierung zu wählen, die ihm zulagt; ich habe ausdrücklichen Auftrag, ihm dies zu erklären.“ Ein Dekret des französischen Generals entsetzt den General Almonate, löst seine Regierung auf, und erklärt alle von ihm erlassenen Ordnungen für null und nichtig. Diese Maßregel erregte den Beifall aller Parteien. Das gelbe Fieber hat aufgehört.

Wien, 29. Okt. (W. L. V.) In Folge der Ereignisse in Griechenland beorderte der Kaiser eine Abtheilung Kriegsschiffe, bestehend aus der Fregatte „Nodara“, der Korvette „Friedrich“ und zwei Kanonenbooten unter dem Kommando des Linienfahrers Kapitän Baron Voel, zum Schutz der österreichischen Staatsangehörigen und ihres Eigenthums und Handels in die griechischen Gewässer.

Wien, Donnerstag 30. Okt. Unterhaus. In der Wandrede wurde prinzipiell entschieden, daß der Staat an dem Gewinn der Bank nicht Theil nehmen soll, wogegen die Bank ein Darlehen von 80 Millionen unverzinstlich übernimmt.

Alle Differenzen zwischen dem Herrenhause und dem Abgeordnetenhaus bezüglich des Staatsvoranschlags für 1862 sind — meistens im Sinne der Unterhausbeschlüsse — beglichen worden. Die beschlagnahmten Kommissionsanträge wurden heute von dem Unterhause angenommen.

Venedig, 29. Okt. (W. L. V.) Heute Nachmittag um 2 Uhr traf das griechische Königspaar auf der englischen Korvette „Scylla“ hier ein.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Okt. Ueber die heutige zweite Sitzung der Großdeutschen Versammlung berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ Folgendes:

Die Sitzung wurde gegen 11 Uhr von dem Präsidenten Dr. Weiss eröffnet.

net, der dann dem Herrn v. Arnöcker das Wort gab, um im Namen des zur Entwurfung der Statuten für einen neu zu gründenden Großdeutschen Verein gestellten Ausschusses Bericht zu erstatten. Der Ausschuss wolle, daß man den Verein nicht Großdeutschen, sondern Deutschen Reformverein nenne. Die Versammlung soll sich nicht mit dem Detail beschäftigen, sondern bloß den Wunsch aussprechen, daß ein solcher Verein gegründet werde. Eine besondere Vereinsversammlung soll alsdann die Statuten unter sich feststellen. Nach einigen rein formellen Bemerkungen des Hofraths Büß aus Freiburg fordert Prof. v. Scheurl aus Erlangen auf, den Krieg mit den Gegnern nicht zu ihrer Vernichtung, sondern zur Vernichtung des bestehenden Gegensatzes zu führen; denn man könne den Gegnern die Liebe zu Vaterland und Freiheit, auf die man selbst Anspruch erhebe, nicht absprechen. Die äußere Einheit könne nicht erreicht werden ohne vorgängige innere Einheit. Wenn man preussische Bestrebungen bekämpfe, müsse man sich gar wohl hüten, die Ehre des preussischen Volks oder Königshauses anzutasten. Deutschland könne stolz sein, das preussische Volk unter seine Stämme, das Haus Hohenzollern unter seine Dynastien zu zählen. (Schlußruf.) Wir wollen eine Partei gründen; gründen wir sie in Unparteilichkeit und Gerechtigkeit. Indem der Redner fortfährt, sich die Begünstigungen der Regierungen zu verbitten, wird die Versammlung sehr geräuschvoll und unaufmerksam. Baurath Bader aus Freiburg ergeht sich gegen das vom Vorredner gebrauchte Bild des Kriegs und Friedens. Hier seien weder die Anhänger der Staatsomnipotenz noch die Anhänger der Anarchie vertreten, und das sei eine Bürgschaft des Erfolgs.

Professor Willauer aus Innsbruck wird mit großem Beifall empfangen, den er auf sein Auftreten in der Schützenhalle beziehen zu müssen glaubt. (Viele Stimmen: Ja! ja!) Er habe also auch die Gefühle dieser Versammlung damals ausgesprochen. Der großdeutsche Gedanke müsse aus den Millionen Herzen, in denen er lebe, hervorgerufen werden. Was die gestrigen Resolutionen theoretisch sagten, müsse in einem Verein praktisch werden. (Beifall.) Um seine Berechtigung zu erweisen, müsse ein Prinzip mit Kraft und Geist vertreten werden. (Beifall.) Der kleindeutsche Gedanke habe leider in manchen deutschen Ländern die Bedeutung eines Axioms angenommen. Der Gedanke des großen Vaterlandes sei dadurch aus zahllosen Herzen herausgeredet, vielleicht auch herausgeschwunden. (Stürmischer Beifall.) Von dem ersten Bild habe man sich einer Karikatur zugewandt. (Beifall.) Das deutsche Gemüth irre nicht, wie sich beim Schützenfest und beim Juristentag gezeigt habe; möge der deutsche Verstand auch immer so richtig denken! (Beifall.) Der Redner resapitulirt dann, was er als die erhabenen Momente der gestrigen Versammlung betrachtet; schildert Sägern, vom Glanz einer großen Vergangenheit, wie von der Liebe und Verehrung des deutschen Volks umgeben, rein und kräftig im Wollen (Beifall), und W. Mohl, den erprobten parlamentarischen Krieger, und verliert sich dann in eine Verteidigung des gestrigen Rechtsbeschlusses, um zuletzt seine Freude anzusprechen, daß der „edle Freiberr“ und der „wackere Schwabe“, obgleich in der Minderheit geblieben, in die gestern gebildeten Ausschüsse getreten seien. Von den Rednern der Minderheit geht er zu denen der Mehrheit, unter denen Wydenbrug's „geistiger Adel“ hervorgehoben wird. Nicht die Stimme Einzelner, die Stimme Bayerns, die Stimme des Schwabenlandes sei gestern hier laut geworden. Daß nicht viele Desertheurer anwesend seien, sei ihm heute ganz recht, damit die Verhandlung keinen Spielraum gewinne. Mehr als ein halbes Tausend ehrlicher deutscher Patrioten habe es hier feurig ausgesprochen, von Desertheur nicht lassen zu wollen. So wolle auch Desertheur nicht von Deutschland lassen, weil es nicht von seinem Recht, seiner Ehre lassen wolle. (Beifall.) Man könne aber des guten Gewissens sein, gegen alle Stämme mit gleicher Herzlichkeit verfahren zu sein; und so werde auch seine zweite Auflage von Kleindeutschland dabei herauskommen. Hier handle es sich

ohnehin nicht um Herrschaft des Einen, Unterthänigkeit der Andern. „Das ganze Deutschland soll es sein, o Gott im Himmel sieh herein!“ (Langer Beifall.)

Herrn Reichel aus Münster: Er sei ein Preuße — verziehen Sie nur nicht gleich die Gesichter! (Große Heiterkeit.) Aber da er nach dem Manne komme, der die Schmerzensfinder zu einem unvergänglichen Stichwort in der Geschichte gemacht habe, so wolle er doch darauf hinweisen, daß die Nemesis rasch eingetreten sei. (Heiterkeit und Beifall.) Indessen wolle man nicht Vergeltung üben. Er glaube auch, indem er hier stehe, seine Unterthanenpflicht nicht zu verletzen. (Beifall.) Es werde auch in Preußen möglich sein, für Großdeutschland zu wirken. Er beantrage eine baldige zweite Versammlung, zu der gewiß auch zahlreiche Preußen erscheinen würden. Verwecheln wir nicht die augenblickliche preussische Politik mit dem preussischen Volk. (Beifall.) Das preussische Volk habe jetzt eine geistliche Stellung, und lasse sich nicht zum zweiten Mal durch die Leithämmer einer niederträchtigen Politik nach Jena führen. (Großer Beifall.) Der großdeutsche Verein sei der gute Genius Preußens. (Großer Beifall.)

v. Gager (mit wiederholtem Beifall empfangen): Der gepensete Beifall setze ihn in einige Verlegenheit. Nach dem ausgezeichneten Redner von Innsbruck müsse man ja fragen, wie es denn gekommen, daß der kleindeutsche Gedanke überhaupt ins Leben getreten sei. Nun, er sei nicht aus Neigung zum Kleinen entstanden; seine Wäuer hätten das Gefühl der Größe so gut gehabt wie die Großdeutschen, die ihr Ziel nicht hätten bezeichnen können. Damals aber sei Desertheur noch bei weitem nicht so deutsch gewesen wie jetzt. Nicht einmal eine ideale Scheidungslinie zwischen Deutsch-Österreich und den übrigen österreichischen Provinzen habe man damals ziehen lassen wollen, und doch sei diese die Bedingung des großdeutschen Programms. Jetzt habe Graf Rechberg erklärt, Desertheur nehme nur für seine deutschen Provinzen die Vertretung am Bunde in Anspruch. Nach dieser persönlichen Rechtfertigung wolle er die Deutsch-Österreicher ermahnen, sich recht eifrig mit der Frage zu beschäftigen, welche Einflüsse eine deutsche Zentralgewalt und ein deutsches Parlament auch auf sie ausüben müßten. (Theilweiser Beifall.)

Dr. J. Fröbel aus Wien verzichtet aufs Wort, das dann Dr. Löwenstein aus Hanau als „turbidisches Schmerzenskind“ ergriff, um zu bezeugen, daß der großdeutsche Gedanke überall im Volke lebendig sei; Beleg z. B. sei das Schillerfest.

Die Bildung eines deutschen Reformvereins wird darauf angenommen.

Man kommt zur Zollfrage, in der W. Mohl, mit Beifall empfangen, als Berichterstatter des Ausschusses auftritt, um folgenden, einstimmig beschlossenen Antrag zu empfehlen: „Die Versammlung erklärt sich 1) mit der von mehreren Zollvereins-Regierungen erfolgten Ablehnung des französischen Handelsvertrags vollständig einverstanden, und ist der Ueberzeugung, 2) daß auf die Ausnahme Gesamtösterreichs in den Zollverein hinzuwirken ist, und 3) daß eine Revision des Vereinszoll-Tarifs nur unter Verhandlung mit Desertheur zu bewirken ist.“ Eine Begründung des Antrags sei nicht erforderlich. Es sei die wirksamste Vereinfachung, die es gebe, wenn ein halbtausend gebildeter Männer ohne Worte einig sei. (Großer Beifall.) Er habe sich 35 Jahre lang mit der Sache beschäftigt und folglich viel auf dem Herzen, aber er wolle mit dem guten Beispiel des Schweigens vorangehen. (Großer Beifall, Schlußruf.) Seiler aus Sachsen (nachdem der Präsident die wiederholten Schlußrufe zur Ruhe gewiesen): Er könne nicht der Ansicht des Vorredners sein, daß der Handelsvertrag ohne Saug und Klang begraben werden könne. Ein vermittelnder Antrag wäre ihm lieber gewesen. Noch mehr, als in rein politischen Fragen, müsse man sich in dieser vor Idealismus hüten. Der Handelsvertrag sei überwiegend vorteilhaft. Ihn ohne weiteres abzulehnen, führe zur Spaltung, nachdem Preußen seine Ehre mehr oder weniger verpfändet habe. Er sei gegen

*K. Das Cranspiel von Weiskorf.

Eine russische Erinnerung.)

Erst 1863, wo die völlige Entfremdung von dreißig Millionen Leibeigener ins Leben tritt, werden die Ergebnisse dieser großen Maßregel sich erkennen lassen. Während meines Aufenthaltes unter den Bauern, auf Reisen bald dahin bald dorthin, zur Zeit der Erlassung des ersten kaiserlichen Ausschreibens, versuchte ich zu ermitteln, welchen Werth die Bauern selbst auf das vergebene Gut setzten; kam aber mit meinen Forschungen nicht weit in der Masse von Unwissenheit und Stumpfheit.

Eines Tags hatte ich das nachstehende Gespräch mit einem Leibeigener, der etwas an mich anzuschreiben hatte:

Ihr heißt Jwan Wassiljewitsch; wem gehört Ihr?

Ich bin Leibeigener von Karmoritisch.

Wie viele sind unter?

Zweitausend Seelen.

Ihr werdet Alle bald frei sein?

Er sah mich von der Seite an und sagte gebohrt: „Ja, wenn's Gott und unser Vater [der Kaiser] will.“

Es wird besser für Euch sein, Jwan; nicht wahr?

Gott weiß, gnädiger Herr; ich nicht.

Wie viel Drot [Weizens] zahlt Ihr?

Dreißig Rubel des Jahres.

Zahlt Ihr ihn in Arbeit, oder in Geld?

Ich arbeite vier Tage die Woche in der Zuckerfabrik, den Drot, Paß und Steuern zu bezahlen.

Wie viel machen der Paß und die Steuern?

Etwa vierthalb Rubel, neben andern sonst.

Der Erzähler, ein Engländer, brachte längere Zeit im Innern Russlands auf Gütern russischer Großen theils als Gast, theils in bedeutender Geschäftstellung zu.

Ihr habt also dreißig Rubel und ein halb Rubel zu bezahlen, und dafür arbeitet Ihr vier Tage jede Woche in der Zuckerfabrik?

So ist's gnädiger Herr, und harte Arbeit ist's.

Wenn Ihr Eure Freiheit bekommt, wo braucht Ihr Drot nicht zu bezahlen und auch dafür nicht zu arbeiten. Eure Zeit gehört dann Euch, um Euern Boden zu bauen. Wird Das nicht besser sein?

Gott geb's. Ich weiß nicht. Aber's Arbeiten hab' ich satt.

Wie viel Land habt Ihr?

„Vierthalb Dessjatinen.“

Nu, das ist ja übergenug, Eure Familie davon zu erhalten. Wenn Ihr alle Eure Zeit darauf verwendet und keinen Drot zahlt, ist's da nicht übergenug?

Ich weiß nicht, gnädiger Herr, aber das Arbeiten in der Fabrik habe ich satt.

Nu, sagt mir, Jwan, was habt Ihr vor, wenn Ihre Eure Freiheit erhaltet? Werdet Ihr hier bleiben und Euern Boden bestellen, oder werdet Ihr anderswo Drot suchen?

Er sah erst in die Höhe, dann nieder, dann herüber und hinüber, als suche er einer Antwort auszuweichen, zuckte nach russischer Bauernart die Achseln, und sagte langsam und halb laut:

Ich werde schlafen, gnädiger Herr.

Und wenn Ihr geschlafen habt, Jwan?

Werde ich essen, gnädiger Herr.

Und wenn Ihr gegessen habt, Jwan?

Werde ich wieder schlafen, gnädiger Herr.

Und wenn das Schwarzbrot aus ist, und wenn das Schwein und Geflügel aufgefressen sind, und wenn die Kartoffeln, die Möhren, der Kohl aufgeessen sind, und wenn's an Brennholz und Grausung fehlt, was werdet Ihr dann thun, Jwan?

*) Russischer Morgen. 1 badischer Morgen = 0,333 Dessjatinen.

D. Eins.

„Dann werde ich es Ihnen sagen, gnädiger Herr. Nun — Gott schenke Ihnen Gesundheit, gnädiger Herr, und vergelte Ihnen das Theegeld [Trinkgeld], das Sie mir geben wollen. Einen schönen guten Tag!“

So, glaube ich, sieht's mit fast allen Leibeigenern. Ueber den damaligen Zustand vieler dieser Leute kann man sich ein Urtheil nach dem Bericht bilden, den ich mit Mühe von einem Bauer, der in einer Baumwollensfabrik arbeitete, herausfragte und in folgendem treu wieder gebe:

„Ich verdiene vier Rubel des Monats. Meine ganze Zeit bringe ich in der Fabrik zu, von Morgens fünf bis Abends acht. Meine Frau und meine zwei Töchter arbeiten auf den Feldern, die dem gnädigen Herrn gehören, fünf Tage jede Woche im Sommer. Sie erhalten keinen Lohn. Im Winter schaffen sie Alles, was der Verwalter von ihnen verlangt. Mein Sohn, der siebzehn Jahre alt ist, arbeitet ebenfalls in der Fabrik und bekommt zwei Rubel des Monats. Wir haben drei Dessjatinen Land. Es gehört uns, auch das Haus. Wir können nur ein Weniges Kartoffeln, Kohl und Möhren ziehen. Die Arbeit thun die Weiber. Wir halten ein Schwein, auch einige Enten haben wir. Wir essen sie. Schwarzmehl bekommen wir aus der Delonomie [des Verwalters Kramladen, wo die Arbeiter gegen wucherischen Gewinn Waaren gebohrt erhalten]; Das wird von unserm Lohn abgezogen. Wir zahlen keinen Drot noch Steuern von diesem Lohn. Unsere Arbeit wird dafür gerechnet; der Verwalter besorgt das Alles. So oder so bin ich immer der Verwaltung schuldig. Ich arbeite nun schon zehn Jahre in der Fabrik, und bin ein guter Spinner. Ich weiß nicht, was wir anfangen, wenn wir unsere Freiheit erhalten. Arbeiten werden wir wohl nicht mehr. Ich gehe vielleicht betteln; es ist ein leichtes Leben. Für's Arbeiten im Freien taugt ich jetzt nicht mehr, aber mein Sohn kann's thun; er mag das Land bauen. Wir sind unter dreitausend Seelen auf dem Gut; eintaufend fast sind fort und zahlen vierzig Rubel Drot des Jahres. Sie zahlen ihre Wäse und Steuern selber, nebst dem.“ (Fortsetzung folgt.)

den Antrag. (Schluß.) v. Gager: Preußens Ehre gebiete nicht, an dem Vertrage mit Frankreich festzuhalten. (Beifall.) Ein Preuze von Bedeutung, Hansmann, habe das in München ausgesprochen. (Beifall.) Mohl: Er müsse nachholen, daß Hr. v. Behnen aus Sachsen, der in der ersten Kammer früher für den Handelsvertrag gestimmt, sich dem ersten Satz des Antrags mit Rücksicht auf Oesterreichs neuerliche Erklärungen angeschlossen habe. (Beifall.) Dr. med. Kraus aus Bensheim kommt unter großer Ungebuld der Versammlung vom Handelsvertrag auf den Reichsvereins-Vorstellung des Nationalvereins, der nicht praktisch und vernünftig sei, sondern zum Bürgerkrieg führe u. s. w. Selbst der Ruf „Oesterreich über Alles“ ruft kein Echo aus der Versammlung mehr hervor. Prof. Schulz aus Weilburg will im Namen von vielen Tausend Bergleuten gegen den Handelsvertrag protestieren. Die deutsche Künstlergesellschaft, auf die der großdeutsche Verein stolz sein könne, habe den Vertrag auch als moralisch, geistig und politisch verwerflich nachgewiesen. Das Gilt des Auelandes werde durch ihn in unsere eigentümlichsten Anschauungen hineingetragen. In ähnlichen Vorstellungen fährt der Redner noch eine ganze Weile fort, indem er sich als „Anhänger des rationalen Schutzes“ enthält, bis Schluß seine patriotische Stimme zum Verstummen zwingen. v. Mösing bekennt, daß der Handelsvertrag den materiellen Interessen Hannovers förderlich sei; wenn er und seine hannoverschen Freunde gleichwohl gegen den Vertrag stimmten, so geschehe es aus politischen Gründen, weil Süddeutschland den Vertrag nicht annehmen könne und weil er Oesterreich auf die Dauer ausschließe. Buchhändler Frommann aus Jena verleihe dem Handelsvertrag in nur halb verständlicher Weise mit Reinecke, der Braun den Bären verleihe, aus einem gespaltenen Stamme Honig zu lecken (worüber sich der Versammlung große Freude bemächtigt). Der Antragsantrag wird darauf gegen 3 Stimmen angenommen.

Dr. Lwerner aus Hanau beantragte, das Programm von gestern an alle deutschen Volksvertretungen zu senden, mit der Aufforderung zur Nachfolge. Dr. Auerbach für den Antrag, weil man es nicht unterlassen dürfe, das Herz des Volkes in politische Begeisterung, die Mutter der politischen That, zu versetzen. Hr. v. Lerchensfeld hält den Antrag für überflüssig und für nicht entsprechend der Stellung, die man hier habe. Auf v. Gager's Antrag geht man mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über.

Harrer Nicks aus Münster beantragt, mindestens binnen einem halben Jahr eine zweite Versammlung zu veranstalten. Der Erfolg dieser Versammlung werde manche Preußen und Oesterreicher neu heranziehen. v. Widenbrug gibt anheim, den Antrag bis in die Versammlung des Vereins zu vertagen, worauf Nicks seinen Antrag zurückzieht.

Ulrichs von hier trägt unter Schlußworten eine neue Theorie über die Möglichkeit vor, die Schwierigkeit „wissenschaftlich“ zu lösen, die in Deutsch-Oesterreichs Zusammenhang mit fremden Provinzen liege. Es ist dies dieselbe Theorie, der der Redner eine eigene Broschüre gewidmet hat und die daher auch ohne Vermittlung dieses Berichts Denen, die es wünschen, bekannt werden wird. Der Redner gibt sich der Hoffnung hin, es bedürfe nur des Bekanntwerdens seiner Theorie im Nationalverein, um diesen zu veranlassen, seinen eventuellen vorläufigen Bericht auf Deutsch-Oesterreich zu beziehen. Hofrath Busch warnt vor Einmischung in die Oesterreichischen Verfassungsverhältnisse, worauf Ulrichs seinen Antrag zurückzieht. (Heiterkeit.)

Der Präsident macht bekannt, daß Hr. Senator Bernus die Versammlung auf heute Abend zu sich eingeladen habe, dankt dem Lokalomitee und dem Bureau, insbesondere Hrn. Senator Bernus (die Versammlung erhebt sich), und dankt dem Urtheil über die Verhandlungen, das man zum Wohl und Segen des Vaterlandes hier getagt habe. Es habe sich gezeigt, daß es mit Deutschland nicht so schlimm stehe, wie seine Feinde hoffen und wünschen. (Beifall.) Wo noch so viel Gemeinfinn sei, da sei auch eine Zukunft. Auch habe die Versammlung gezeigt, daß der vielbesprochene große Riß zwischen Nord und Süd nicht bestohe, — Beweis namentlich der Beschluß über den Handelsvertrag. Man dürfe daher hoffen, ganz Deutschland werde beisammen bleiben. Das große einigte Deutschland lebe hoch! (Die Versammlung stimmt dreimal ein.) Ein dreifaches Hoch auf den Präsidenten antwortet.

Die öffentliche Sitzung ist damit geschlossen.

Frankfurt, 29. Okt. Der heutigen Plenarsitzung der großdeutschen Versammlung folgte eine Nachsitzung einer Anzahl von Mitgliedern zur Bildung eines „deutschen Reformvereins“. An der Verhandlung theilnahmen Hr. v. Gager, v. Wagners, Hr. v. Lerchensfeld, Hofrath Dr. Busch, v. Kerstorf u. A. Der Verhandlung lag ein von der betr. Kommission ausgearbeiteter Statutenentwurf zu Grunde, welcher nur geringe Veränderungen erlitten hat. Er gelangte schließlich in folgender Fassung zur Annahme:

1. Zweck des Vereins ist zunächst, die Reform der deutschen Verfassung nach Kräften zu fördern. Der oberste Grundsatz ist, Erhaltung der vollen Integrität Deutschlands und Bekämpfung jedes Bestrebens, welches die Ausschließung irgend eines Theils von Deutschland zum Zweck oder zur Folge hätte.
2. Der Beitritt zu dem Verein wird durch Unterzeichnung des Vereinsstatuts erklärt und die Beitretenden verpflichten sich, nach Kräften und Gelegenheit für die Vereinszwecke zu wirken.
3. Jedes Mitglied verpflichtet sich zur Entrichtung eines vorausbezahlenden Jahresbeitrags von einem Vereinspalter.
4. Die Leitung der Vereinsangelegenheiten ist einem Ausschusse von vorerst 24 Mitgliedern übertragen, welcher sich nach Bedarf aus den Organen der Zweigvereine verstärken kann.
5. Dieser wählt einen Vorsteher und einen engern geschäftsführenden Ausschuss von sechs Mitgliedern.
6. Dem engern Ausschusse bleibt überlassen, einen Schriftführer und Kassier zu bestellen. Schriftführer und Kassier erhalten angemessene Bezahlung. Ausschussmitglieder werden für ihre Auslagen entschädigt.
7. Die Abtheilung der Geschäfte zwischen dem weitem und engern Ausschusse ist eine Befugnis des weitem Ausschusses.
8. Der weitere Ausschuss verfügt über die Geldmittel des Vereins gegen Rechnungsablage und Verantwortung gegenüber der Generalversammlung des Vereins.
9. Eine Hauptaufgabe der Vereinsführung ist, durch die Presse für die Zwecke des Vereins zu wirken.
10. Jedes Jahr findet eine regelmäßige Vereinsversammlung statt; außerdem steht dem weitem Ausschusse zu, außerordentliche Versammlungen zu berufen.
11. Der nächsten Generalversammlung bleibt die Revision dieser Statuten vorbehalten.

Hierauf erklärte das Präsidium die Verlesung der Statuten für beendet und forderte die Anwesenden auf, durch Unterzeichnung der Statuten den ersten deutschen Reformverein zu konstituieren; fast Alle folgten dieser Einladung, und mag die Zahl der Unterschriften 150 bis 200 betragen haben. (Nach der „Allg. Ztg.“ war Hr. v. Gager der erste Unterzeichner.) Sodann machte Hr. v. Lerchensfeld den Vereinsmitgliedern den Vorschlag, daß ausnahmsweise dem Bureau der eben stattgefundenen Versammlung die Wahl von 12 Mitgliedern des weitem Ausschusses übertragen werden solle; die gleiche Anzahl solle durch Kooption von diesen berufen werden. Der Verein trat diesem Vorschlag mit Akklamation bei, worauf sich die Versammlung auflöste.

Nach dem Schluß der gestrigen ersten großdeutschen Versammlung vereinigte ein gemeinschaftliches Mahl in den untern Räumllichkeiten des Saalbaues eine Anzahl Theilnehmer der Versammlung. Es hatten sich deren etwas über 100 eingefunden. Die Stimmung der Herren war im lebhaften Gesprächsaustausch eine sehr animirte und reichten sich in rascher Folge Toste der H. Prinz, Bernus, Frommann aus Jena, Schulz aus Weilburg, Schulz-Erdmannsdorf aus Dresden, Wydenbrug, Lerchensfeld u. A. an einander. Nach 7 Uhr trennte sich die Tischgesellschaft. (Nach der „Allg. Ztg.“)

München, 29. Okt. (A. Z.) Se. Maj. der König wird diesen Abend gegen 6 Uhr von Augsburg, wohin er diesen Vormittag um 10 1/2 Uhr mit Extrazug sich begeben, hier zurück erwartet. Ihre Maj. die Königin mit den königlichen Prinzen wird von Berchtesgaden zurück, und, um dann hier zu bleiben, übermorgen, am gleichen Tage, die Ankunft des griechischen Königs paars hier erwartet. Gestern fand, dem Vernehmen nach, aus Anlaß der Vorgänge in Griechenland ein Familienrath der hier anwesenden Glieder des königlichen Hauses, heute eine Sitzung des Staatsraths statt.

Darmstadt, 29. Okt. (Hff. Bl.) Das heutige Regierungsblatt enthält ein Edikt, durch welches der Landtag auf den 10. Nov. einberufen wird. — Gestern starb der großkammerherr Graf v. Görlich, Gemahl der im Jahr 1847 auf so tragische Weise von ihrem Bedienten Joh. Stauff ermordeten Gräfin Görlich.

Kassel, 28. Okt. (Fr. Z.) Die in der gestrigen Sitzung der legalen Stände erfolgten Friedensversicherungen des Landtags-Kommissärs haben einen unverkennbar guten Eindruck auf die Abgeordneten gemacht. Gestern Abend waren dieselben zu geselliger Besprechung im „Hotel Schirmer“ vereinigt. Auch der Ministerpräsident v. Stiernberg erschien daselbst, offenbar zu keinem andern Zweck, als um diesen Eindruck seinerseits noch zu verstärken. Indessen droht doch schon ein Konflikt von bedeutender Tragweite. Nachdem die Wahl Trabert's, des zweiten Abgeordneten der Stadt Hanau, vom permanenten Ausschusse auf Grund des Wahlgewinnes vorläufig anerkannt worden war, ohne daß die Landtags-Kommission Einsprache erhoben hatte, so daß Trabert an der ersten Sitzung auch schon Theil nehmen konnte, ist seine Wahl nachträglich doch von der Regierung angefochten worden, offenbar, weil Trabert seiner Zeit wegen Widerstands gegen die ungesetzlichen Hassenflug'schen September-Ordonanzen zu angeblich „peinlicher Strafe“ verurtheilt worden ist. Wir glauben übrigens gut unterrichtet zu sein, wenn wir die Versicherung aussprechen, daß in der Kammer selbst an die definitive Beanstandung Trabert's nicht Einer denkt. Jeder weiß, daß ein solcher Akt kaum etwas Geringeres als die stillschweigende Legalisirung des Verfassungsbruchs in sich schließt, und er ist deshalb unmöglich.

Kassel, 28. Okt. (Fr. Z.) Die persönliche Haltung, welche sowohl der Minister v. Stiernberg, als der Landtagskommissär, der Kammer gegenüber, eingenommen haben, hat auch bei den Abgeordneten einen günstigen Eindruck nicht verfehlt. Indessen scheint es nach Dem, was über das vorzulegende Wahlgesetz verlaute, sehr zweifelhaft, ob eine Verständigung erzielt wird. Abdann wird vermuthlich die Regierung die Zustimmung zur Forterhebung der Steuern nach dem 21. Dezember nachsuchen, um nicht in die Lage zu kommen, in der sich die Herren in Berlin befinden. Der Kurfürst soll auf einer größeren Vertretung des Adels in der Kammer bestehen, sowie auf dem Wahlgesetz von 1831. Dazu dürften schwerlich drei Viertel der Abgeordneten sich verstehen. — Der „Nat.-Ztg.“ wird von gestern geschrieben: Es wird mit vieler Bestimmtheit erzählt, daß Prinz Hohenzollern, Schwiegersohn des Kurfürsten von Hessen, mit Zurücklassung von Weib und Kind und einer bedeutenden Schuldlast sich nach Amerika entfernt habe; die Reise des Kurfürsten, der dem Vernehmen nach schon in diesen Tagen zurückkehrt, soll hiermit in Verbindung stehen.

Koblenz, 29. Okt. Das dem Abg. v. Bodum-Dolffs zu gebende Festmahl, welches nach dem ersten Plan einen gar zu ausgesprochenen demonstrativen Charakter angenommen haben würde, hat wesentliche Veränderungen erlitten, indem in Folge stattgehabter Verhandlungen bloß die Beamten an demselben Theil genommen haben, unter denen sämtliche Regierungsbeamten, der Präsident an der Spitze. Wie man hört, sind während desselben mehrere, und darunter recht freisinnige Reden gehalten worden.

Die Blätter unserer Provinz haben in diesen Tagen die Beschreibungen der zu Ehren unserer zurückgekehrten Abgeordneten gehaltenen Banette gegeben; überall kam dabei die herzlichste Einmüthigkeit der Gesinnung zum Ausdruck, sowie die allgemeine Bereitwilligkeit, zu dem Nationalfonds beizutragen, welcher gebildet wird, um die von der Regierung gemäßigten Beamten für ihren Verlust zu entschädigen. Für denselben sind schon namhafte Summen gezeichnet, wobei es bemerkenswerth ist, daß die Polizei am Rhein nicht, wie in Berlin schon geschehen, den Sammlungen mit Strafandrohungen entgegengetreten ist. Auch die rheinische Presse erfreut sich immer noch vor der Berliner einer nicht zu verkennenden Berücksichtigung, was zum Theil seinen Grund darin haben mag, daß unsere Berichte, einer freisinnigeren Anschauung huldigend, als

in den alten Provinzen, nicht so leicht verurtheilende Sentenzen aussprechen.

Berlin, 28. Okt. Die „Kreuzzeitung“ widmet heute den Ergebnissen der Abordnungen einen Leitartikel, der an superlativer Junkersprache das Unglaubliche leistet. Sie sagt u. A. von diesen Deputationen:

Zusammengetreten, um gegen die Souveränitätsgelüste und Uebergriffe einer sich selbst so nennenden (!) „Volksvertretung“ zu protestieren und den wahren Ausdruck der Anschauungen, Bedürfnisse und Wünsche des Volkes an den Stufen des Thrones niederzulegen, haben sie damit selbstredend den Anspruch erhoben, nicht nur selbst eine Vertretung, sondern die bessere und zuverlässigere Vertretung des Volkes zu sein. In dem Maße, wie die Krone und die Regierung diese Deputationen aufgenommen, in dem Maße haben sie auch deren Anspruch für gerechtfertigt erklärt; in dem Maße haben sie es anerkannt, daß die vermeintliche Volksvertretung nicht die rechte ist, und daß die Stimme des Volkes sich aus der Mitte jener Deputationen richtiger und zuverlässiger vernehmen läßt. Hieraus folgt aber dann weiter, daß die Entsendung und Zusammenziehung dieser Deputationen selbst ein Fingerzeig sind, wie und wo eine Verbesserung unserer Verfassung zu suchen und zu finden ist, und welche Wege die Regierung zu betreten hat, um gegenüber der gefälligen Stimme des Volkes die wahre zum Ausdruck und zur Geltung kommen zu lassen. Hiesem wir, daß die zeltige Regierung diesen Fingerzeig versteht und nutzbar zu machen weiß. Alle sonstigen Phantasien über eine Veränderung unserer Vertretung sind hoch und unfruchtbar. Das persönliche Königthum, in Verbindung mit der persönlichen Vertretung der noch vorhandenen Stände, das ist der wesentliche Inhalt der jetzigen Deputation, und das ist auch das einzige Heilmittel für unsere kranke Zeit.

Die „Stern-Ztg.“ verteidigt die Maßregelungen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, wobei sie sich zunächst in Betreff der (von Niemanden in Abrede gestellten) formellen Berechtigung der Regierung hiezu auf den Buchstaben des Gesetzes beruft und dann fortfährt:

Durch dieses „System“ will die Regierung nicht etwa bloß dem augenblicklichen politischen Bedürfnis, nicht den Zwecken der gegenwärtigen Verwaltung, sondern den dauernden und unabwieslichen Bedingungen der Regierung überhaupt, den notwendigen Erfordernissen der Autorität des königlichen Regiments Genüge thun, und wird sich hierin weder durch gleichniserliche Anschuldigungen, noch durch ohnmächtige Demonstrationen irre machen lassen.

Inzwischen nimmt der von Mitgliedern der Kammermehrheit angeregte Nationalfonds raschen Fortgang. Der Abg. L. Reichenheim hat 1000 Thlr. gezeichnet; ein anderer Abgeordneter soll 10,000 Thlr. und ein reicher Privatmann 8000 Thlr. gezeichnet haben. In Danzig und Stettin sind Ausschüsse zur Bildung von Lokalvereinen in gleichem Betreff zusammengesetzt und anderwärts sind solche im Entstehen begriffen. Auch aus nichtpreussischen Gegenden gehen Beiträge ein; so wurden aus Hamburg 200 Thlr. und 1 Pfd. St. eingesandt und in Köln ergab eine Sammlung im Kreise einer Versammlung 41 Thlr. 17 Sgr. Man rechnet darauf, vorläufig eine Summe von 100,000 Thlrn. zusammenzubringen.

Der Verleger der „Volks-Zeitung“, Abg. Franz Dandker, erhielt am Sonntag eine polizeiliche Verfügung, welche ihn in eine Strafe von drei Thalern nimmt, weil die „Volks-Ztg.“ einer Polizeiverordnung zuwider, die Sammlung für die Frauen und Kinder der Graubenzers Verurtheilten ohne polizeiliche Genehmigung unternommen und in einer der öffentlichen Quittungen fernere Beiträge „erbeten“ habe. Einweilen unterbleibt die Veröffentlichung der eingehenden Beiträge, die bereits 1400 Thlr. erreicht haben. Der Kaufmann Deslor, der Beiträge entgegennahm, ist ebenfalls in eine Geldbuße, und zwar von zwei Thalern, genommen worden. — Wie verlautet, soll auch gegen die Unterzeichner des Auftrufs „an das preussische Volk“ ein polizeiliches Strafmandat wegen Kollektivens ohne polizeiliche Genehmigung erlassen werden. — Der „Bund“ vom 23. d. M., die „Independance“ und die „Allg. Ztg.“ vom 25. d. M. sind am vergangenen Sonntag hier von der Polizei konfiszirt worden. — Der König hat dieser Tage auch den ehemaligen Polizeipräsidenten von Berlin, v. Jedlich, empfangen. — Einer Mittheilung aus Kattibor zufolge ist von dort eine Militärabtheilung abgegangen, um längs der galizischen Grenze einen Kordon zu ziehen, weil jenseits der Grenze die Kinderpeste ausgebrochen ist. — Aus Japan sind 14 Kisten, angefüllt mit Waffen, Bettstücken, Decken, Seidenstoffen, Sattelzeug und verschiednen anderen Gegenständen, hier angekommen. Der Taifun hat dem Königshause damit ein Geschenk gemacht.

Berlin, 29. Okt. Heute Nachmittag um 4 1/2 Uhr traf Se. Maj. der König von dem Jagdschloß Hubertusshof hier wieder ein. Wie verlautet, hat der König den kommandirenden General des 4. Armeekorps, General der Infanterie v. Schack, zum Generaladjutanten ernannt. Hr. v. Schack wird als diensthauender Generaladjutant in die nächste Umgebung des Monarchen gezogen und erhält auf seinem bisherigen Befehlshaberposten in Magdeburg den Generalleutnant Herwarth v. Bittenfeld zum Nachfolger. Der General v. Herwarth führte bekanntlich seither interimistisch das Generalkommando des 7. Armeekorps, welches nunmehr der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen wieder übernimmt. An Stelle des kürzlich verstorbenen Generalleutnants Grafen v. Oriolla ist bereits der General v. Mutius zum Kommandeur der 11. Division und zum einstweiligen Befehlshaber des 6. Armeekorps ernannt worden. Hr. v. Mutius, welcher bis jetzt die 12. Division in Reife kommandierte, war bekanntlich im Monat August mit der Leitung der hier abgehaltenen großen Kavalleriemaneöver betraut.

Die Bewegung unserer politischen Parteien gewinnt an Lebhaftigkeit. Namentlich entwickelt sich auf Seiten der Kreuzzeitungs-Partei eine an Eifer und Nachhaltigkeit wachsende Thätigkeit. Unter dem Namen „Patriotische Vereinigung“ ist hier kürzlich eine Genossenschaft von Männern dieser Partei zusammengetreten, welche es als ihre Hauptaufgabe hinstellt: die verfassungsmäßige Nachvollkommenheit des Königthums gegen das Streben nach einem parlamenta-

rischen Regiment zu vertreten. Dieser Vereinigung gehören zahlreiche Militärpersonen und Beamte, ferner viele Vertreter des Handwerkerstandes, sowie Männer aus den höheren Kreisen der Gesellschaft an. Von den hervorragenden Persönlichkeiten ihrer Mitgliedschaft nennen wir nur die Generale v. Brandt, Graf Kattichau und v. Holleben, den Oberstämmerer Grafen v. Redern, den katholischen Feldprobi Jellbram und den Generaldirektor v. Dfers. Ein Aufruf des neuen Vereins, welcher dessen Programm enthält, fordert zum weiteren Beitritt auf. Heute Vormittag wurde im Englischen Hause eine Generalversammlung des gleichen Namens veranlassen, die die „Preussischen Volksvereins“ abgehalten. Als Vorsitzender fungierte der Rittergutsbesitzer v. Blaukenburg, nach dessen Eröffnungsansprache der Justizrat Wagener in einer ausführlichen Rede die jetzige Lage und ihre Anforderungen an die Gesinnungsgenossen darlegte. Vereinsmitglieder aus den verschiedenen Provinzen erstatteten Bericht über die Thätigkeit des „Volksvereins“ in den einzelnen Landestheilen, worauf Erörterungen und Beschlüsse über die weitere Entfaltung der im Ganzen befindlichen Agitation folgten. Sodann wurde beschlossen, von Seiten des Vereins an S. M. den König eine Loyalitätsadresse zu richten. Aus den Mittheilungen des Vorsitzenden ergibt sich, daß der Volksverein bereits mehr als 26,000 Mitglieder zählt.

* **Wien, 28. Okt.** Die Vorgänge in Griechenland werden von der österreichischen Presse lebhaft besprochen. Die bisher vorliegenden Berichte gestatten der „Don. Ztg.“ keinen genügenden Einblick in den thatsächlichen Verlauf der Ereignisse; doch kann das Blatt sich des Gedankens nicht erwehren, daß der Aufstand in Hellas mit den allgemeinen Plänen der europäischen Bewegungspartei im Zusammenhang steht. Was die weitere Entwicklung und die Rückwirkung der Ereignisse auf die allgemeinen europäischen Verhältnisse betrifft, so hängt dieselbe von der Stellung ab, die die Teilnehmer des Londoner Vertrags diesen Vorgängen gegenüber einhalten werden. — Die „Presse“ sieht in der Thatsache, daß König Otto und seine Gemahlin sich auf dem Wege von Korfu nach Italien befinden, Beweis genug, daß die dynastische Frage durch den Lauf der bisherigen Ereignisse entschieden sei. Das Königspaar, das vor 10 Tagen von Athen aus eine Lustreise nach den Küsten und Inseln des Archipels unternahm, sei statt zu den erwarteten Festen, in's Exil gereist. Eine ernste Gefahr könne die griechische Frage bei dem Einverständnis, das zwischen Frankreich und England zu herrschen scheint, nicht hervorrufen. Ueber die Nachfolge in Griechenland sei wahrscheinlich im Laufe der Bestimmung bereits entschieden, und der nächste Zweck der englisch-französischen Einmischung dürfe der sein, die Unfehlbarkeit der allgemeinen Abstimmung auf's Neue zu beweisen, und das Resultat derselben werde die Salbung Desjenigen zum Könige sein, den man in Paris dazu ausersehen. — Der Zusammenhang der griechischen Insurrektion mit den Plänen der italienischen Regierung und des russischen Kabinetts erscheint den „Neuest. Nachr.“ unbezweifelbar, und dieses Blatt sieht in den Anzeichen der jetzigen Weltlage den Anfang des Endes der orientalischen Krise, und den Weltfrieden jedenfalls weit gefährdeter, als vor dem Eintritte des Friedensministers Hr. Drouyn de L'Hayes. In einem andern, dieselbe Frage behandelnden Artikel kommen die „N. N.“ zu dem Schlusse, daß man es wahrscheinlich den Griechen überlassen werde, unter zu vereinbarten Modalitäten über ihr künftiges Schicksal selbst zu entscheiden.

Vor Beginn der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses gab der Präsident des Hauses, Hr. Dr. Hein, mit Bezug auf den bekannten Vorfall in der Sitzung des Ausschusses vom letzten Freitag eine ausgleichende Erklärung ab, die aus zwei Theilen bestand, und deren Sinn der folgende war: Obgleich er nicht verpflichtet sei, über seine Privatgespräche Rechenschaft zu geben, so finde er sich doch, da eine (einer solchen Privatunterhaltung entnommene und entschieden mißverständliche) Äußerung Anlaß zu mißfälliger Aufnahme von Seiten mehrerer Mitglieder des Ausschusses geworden sei, bestimmt, zu erklären, daß er eine Äußerung solchen Sinnes — nicht gemacht habe. Bezüglich des Konflikts mit dem Abgeordneten Prof. Herbst erklärte Hr. Dr. Hein, er nehme bei der Irrigkeit der Voraussetzung, unter der er einen verlegenden Ausdruck gegen Prof. Herbst gebraucht habe, diesen Ausdruck zurück. Mit Beziehung auf den ersten Theil dieser Erklärung bemerkt der Vorsitzende, Dr. v. Hasner, er betrachte diese Angelegenheit, soweit sie Mitglieder des Ausschusses betrifft, für abgeschlossen.

Sodann wurde das Budget für 1863 in Beratung gezogen und darüber verhandelt, ob nicht von einer förmlichen Berichterstattung bei den einzelnen Budgetposten abgegangen und im Hause bloß über die Jiffer Berichtet werden solle. Der bezügliche Antrag wurde abgelehnt und beschlossen, daß in derselben Weise vorgegangen werden solle, wie beim Budget für 1862. Zum Berichterstatter wurde Dr. Taschek gewählt. Bezüglich der Bankakte hat der Finanzklub den Beschluß gefaßt, gegen die Verzinsung des 80-Millionen-Anlehens, aber auch gegen die Vertheilung des Staates an dem Gewinne der Bank zu stimmen.

Italien.

Turin, 27. Okt. (N. 3.) Laforina ist gesonnen, sofort nach Griechenland abzureisen. Die Ministerialen versichern, daß die Griechen einstimmig den Prinzen Amadeus, den zweigebornen Sohn Victor Emanuel's, zum König verlangen. Von Genua und andern Häfen Italiens gehen Freiwillige und Kriegsmaterial nach Griechenland ab. Die Werbungen hiezu geschehen ganz offen.

Frankreich.

Paris, 29. Okt. Die Großfürstin Maria von Leuchtenberg ist in Paris angekommen und wurde gestern vom Kaiser in St. Cloud empfangen. Wie sich von selbst versteht, verleiht die Ankunft dieser stets politisch-thätigen Frau dem Gerüchte von der Kandidatur ihres Sohnes für den

griechischen Thron neue Nahrung. — Die „France“ von heute Abend schreibt: „Man versichert, daß die drei Schutzmächte, welche den Vertrag von 1832 hinsichtlich der Errichtung eines hellenischen Königreichs unterzeichneten, entschlossen seien, aus der griechischen Frage eine europäische Frage zu machen und zur Lösung derselben alle Mächte zu berufen, welche den Pariser Vertrag unterzeichneten, nämlich, neben Frankreich, Rußland und England, Desterreich, Preußen, die Türkei und Italien. Auch Spanien würde, in der ihm zuerkannten (?) Eigenschaft als Großmacht, an dieser Lösung Theil zu nehmen haben.“ — König Otto wird, wie man versichert, eine ausführlich motivirte Protestation an die Großmächte richten. Mittlerweile ist bei der hiesigen griechischen Gesandtschaft (Gen. Kalergis) diesen Morgen bereits eine offizielle Depesche der provisorischen Regierung, via Corfu, eingetroffen. Nach dieser Depesche, welche die ganze griechische Gesandtschaft unter dem Titel: „Légation nationale hellénique“ bestätigt, wäre die provisorische Regierung zu Athen von den Repräsentanten der verschiedenen Großmächte bereits anerkannt worden. (?) Die Depesche ist vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Diamantopulos, unterzeichnet, und es heißt darin, daß die Revolution in ganz Griechenland vollbracht sei, daß eine provisorische Regierung unter Präsidentschaft des Hrn. Bulgaris, Senator, sich gebildet und eine Nationalversammlung zum doppelten Behufe einberufen sei, eine neue Verfassung auszuarbeiten und einen neuen Herrscher zu wählen. — Das Mittelmeer-Geschwader ist noch nicht nach den griechischen Küsten abgegangen und hätte, der „Patrie“ zufolge, die französische Regierung vorerst nicht (oder nicht mehr) die Absicht, ihre Seestreitkräfte in jenen Gewässern zu verstärken.

Die „France“ berichtet über die Ereignisse in Griechenland, daß der König und die Königin, in Salamis angekommen, die Gewißheit erlangt hätten, daß sie auf die Treue weder der Land- noch der Seemacht mehr zählen könnten. Sie fuhren also am Bord der „Amalia“ ab; allein da die Bemerkung, um nicht weiter gehen zu müssen, ein wesentliches Stück der Maschine losgeraube, so mußte das königliche Paar auf der kleinen „Scylla“ die Reise fortsetzen. Die Nachrichten über den Zustand Garibaldi's lauten günstiger, als man erwarten konnte. Wenigstens versichern die hier eingetroffenen Depeschen aus Turin, daß Dr. Melaton, nach einem zweiten Besuche bei Garibaldi und Sondirung der Wunde, sich der Amputation widersetze, weil er eine radikale, wenn gleich sehr langsame Heilung verschreiben zu können glaubt. Dr. Melaton's Abneigung gegen Messer und Säge, zu welcher er nur im äußersten Nothfall greift, ist übrigens bekannt.

Die Abreise des kaiserlichen Hofes nach Compiègne ist auf den 1. Nov. festgesetzt. Das Dienstpersonal ist bereits diesen Morgen dahin abgegangen. Fünf Wochen wird der Hof in Compiègne bleiben und es werden fünf Reihenfolgen von Gästen an den dortigen Festlichkeiten Theil nehmen. Die erste geht einige Tage nach dem Einzuge des Hofes dahin ab. Mehrere arabische Häuptlinge, die sich gegenwärtig in Paris aufhalten, befinden sich unter der Zahl dieser Eingeladenen. — Wahrscheinlich wird Hr. v. Bismarck morgen oder übermorgen vom Kaiser in Privataudienz empfangen werden, um seine Abberufungsschreiben zu überreichen. Hr. v. Bismarck wird sich nur sehr kurze Zeit in Paris aufhalten und wohl schon nächsten Samstag oder Sonntag wieder nach Berlin zurückkehren. — Börse lau. 3 Proz. 70.65. Nov. 1190. Okt 555. Ital. Anl. 72.50.

Baden.

* **Karlsruhe, 30. Okt.** Der nordamerikanische Bizekonsul für das Großherzogthum Baden, Hr. William Walton Murphy in Frankfurt a. M., hat Hrn. Kaufmann Louis Stoll in Mannheim mit Vollmacht versehen, die im Großherzogthum Baden vorkommenden Geschäfte eines nordamerikanischen Bize-Konsuls in der Eigenschaft als Deputy-Bizekonsul zu versehen.

Mannheim, 29. Okt. Heute sind zwei Abgeordnete des Festkomitees nach Mainz abgereist, um einerseits sich um die Musik des österreichischen Regiments Bernhardt zu bemühen, andererseits sich andern Festkomitee zu beschaffen. Der Festzug am Vorabend wird von mehr als 400 Fackeln und Leuchten gebildet sein; an dem Festzug gibt sich mehr und mehr Theilnahme der Gewerke kund. Während die jungen Damen der sog. höhern Stände allerhand Anstand an der Theilnahme am Festzug nahmen, haben unsere weichern Bürgermädchen heute eine Versammlung von beinahe hundert Theilnehmerinnen am Zug abgehalten, um über die Eintheilung in Gruppen, über die Festkleidung u. dgl. eine Vorbesprechung zu halten. Der Schmuck des Theaterplatzes und Gebäudes wird ein künstlich ausgestatteter sein; der Platz selbst wird durchaus beleuchtet werden.

Während der Schützenverein im Badischen Hof, andere Festgesellschaften im Europäischen Hof und König von Portugal ihre Bankette halten, wird auf dem Paradeplatz ein Volksfest stattfinden; ein solches wird ebenfalls schon Tags zuvor an der Schillerlinde gehalten werden. Wenn die österreichische Musik gewonnen wird, so dürfte sie den 11. die Feier durch ein öffentliches Konzert beschließen, wie das Hoftheater seinerseits mit der Aufführung von „Wilhelm Tell“ die Feier zum Abschluß bringt.

Kehl, 28. Okt. (Festg. 3g.) Am gestrigen Tage fand die Uebergabe der hiesigen fortifikatorischen Werke an die Verwaltung des großh. Kriegsministeriums statt; es waren zu diesem Zweck mehrere höhere Kriegsbeamte, sowie der Geh. Legationsrath Hr. v. Pfeuffer hieher gekommen. Die hiesige Militärabtheilung, gegenwärtig aus 128 Mann bestehend, befindet sich seit dem 12. Sept. in den genannten Werken einquartirt; diese sind im Kriegsfall auf die Unterbringung von 278 Mann, einschließlich 8 Offizieren, berechnet. Auffallend günstig gestaltet sich bis jetzt der Gesundheitszustand der Mannschafft.

Vom Herrhein, 29. Okt. Die Vollenbung der Eisenbahn zwischen Waldshut und Konstanz ist in dem Gebiete des Kantons Schaffhausen neuerdings wieder, und zwar durch Veranlassung der Kantonsregierung, auf Hindernisse gestoßen, deren Beseitigung, wie man befohl, längere Zeit erfordert, so vielleicht die Eröffnung der ganzen Bahn vor künftigen Frühjahr kaum zulässig machen wird. Da sonach der längst ersehnte Eröffnungstag für diese Bahn neuerdings in unbestimmte Ferne gerückt ist, darf man sich nicht wundern, daß sich allen-

falls, und zwar eben so sehr in dem Schaffhauser als in dem badischen Gebiete, der Ausdruck gerechten Unwillens hören läßt.

Nach den, aus zuverlässiger Quelle entnommenen Mittheilungen wollte die badische Bauverwaltung in Uebereinstimmung mit der Direktion der schweizerischen Nordostbahn den künftigen gemeinschaftlichen Bahnhof in Schaffhausen durch ein, etwa 300 Fuß langes provisorisches Schienengeleise mit der von Schaffhausen nach Konstanz führenden Eisenbahn in Verbindung bringen, bis der schon seit Jahr und Tag zwischen den beiderseitigen Betriebsverwaltungen vereinbarte definitive Bahnplan Seitens der Kantonsbehörde endlich einmal genehmigt sein wird. Es schien dies um so leichter ausführbar, als dieses provisorische Geleise auf das, unter allen Umständen, für den definitiven Bahnhof zu erwerbende Gelände fällt.

Die Kantonsregierung weigert sich nun aber, zum Behufe der Gütererwerbung für dieses Provisorium mitzuwirken, indem sie in offenbarem Widerspruch mit den Artikeln 1 und 2 des schweizerischen Expropriationsgesetzes die Entziehung für eine provisorische Einrichtung zu dem Betriebe der Eisenbahn für unzulässig erklärt, daher zunächst die gemeinsame Festsetzung des definitiven Bahnplanes verlangt, gleichzeitig aber auch die Genehmigung eines solchen Planes unter Andern an die Bedingungen knüpft, daß

1) die Verbindung der Stadt mit dem auf der westlichen Seite des Bahnhofes zu erbauenden Güterschoppen mittelst einer unter dem Bahnhof hinführenden circa 300 Fuß langen und 25 Fuß breiten Durchfahrt (mit Trottoirs) bewirkt werde, und

2) daß die beiderseitigen Bahnverwaltungen nächst dem Bahnhofe ein Niederlagehaus bauen oder doch in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes einen Flächenraum von 4000 Quadratfuß unentgeltlich abtreten. Wird die Erfüllung dieser Bedingungen nicht zugesichert, so kann also, wie die Sache jetzt liegt, weder eine provisorische, noch eine definitive Verbindung der von Konstanz bis Schaffhausen führenden Bahn mit dem dortigen Bahnhofe ausgeführt, beziehungsweise das dafür nöthige Gelände erworben werden.

Abgesehen davon, daß wir uns in dem Staatsvertrag vom 27. Juli 1852 vergebens nach einer Bestimmung umgesehen haben, welche die Kantonsregierung zu Stellung solcher abnormen Forderungen berechtigt, finden wir das Verlangen auch durch innere Gründe nicht unterstützt. Niemand wird bezweifeln, daß eine so lange Durchfahrt unter einem Bahnhof für den Verkehr weit lästiger, als ein Uebergang über die Bahn ist, welcher der durchgehenden Züge wegen täglich einigemal auf Minutenlänge abgeschlossen werden muß. Wird der Durchgang auch, wie gewöhnlich wird, mit eisernen Gittern gedeckt, um Licht und Luft einzuleiten, so muß derselbe doch schon während der Dämmerung und in der Nacht beleuchtet werden, und überdies werden die Passanten durch glühende Kohlen, Asche und Wasser, welche die über den Durchgang hinführenden Lokomotiven abgeben, nicht nur belästigt, sondern selbst gefährdet, aller anderen Mißstände gar nicht zu gedenken, die mit jeder unterirdischen Passage für den Personen- und Fuhrwerkverkehr verbunden sind. Es ist deshalb in der That um so weniger erklärbar, wie die Kantonsregierung eine solche, gänzlich ungewöhnliche, auf keiner Bahn der Schweiz und Deutschlands bestehende Durchfahrt (welche einen Bauaufwand von mehr als 300,000 Franken erfordern wird) verlangen mag, da ihr doch nicht entgangen sein kann, daß nach Art. 3 des erwähnten Vertrags die Herstellung der Zufahrtstrassen zu dem Schaffhauser Bahnhof, sowie der den Bahnhof umgebenden Straßen dem Kanton ausdrücklich zur Last gelegt ist.

Was Johann das Verlangen betrifft, daß die Bahnverwaltungen für die Bewohner Schaffhausens ein Niederlagehaus bauen oder doch das Gelände dazu stellen sollen, so ist dasselbe nach weit weniger begründet, als das Begehren einer Durchfahrt. Ein Niederlagehaus ist keine selbstverständliche Zugehörigkeit der Bahn; man findet solche Gebäude auch anderwärts selten auf Rechnung der Bahnverwaltungen ausgeführt. Finden diese Verwaltungen es in ihrem Interesse für angemessen, solche Niederlagehäuser zu errichten, so werden sie dies thun; eine Nöthigung dazu läßt sich aber aus dem Vertrage in keiner Weise ableiten.

Wenn unter diesen Verhältnissen die badische Bauverwaltung die ihr gemachten Zumuthungen auf das entschiedene ablehnt, und nöthigenfalls den vorliegenden Streit durch das in dem Vertrag vorgesehene Schiedsgericht entscheiden läßt, so können wir ihr nur unsern ganzen Beifall zollen, obgleich der von uns so sehr erwünschte Bahnbetrieb dadurch noch längere Zeit verzögert werden kann. Der Ueberlegung möchte es übrigens werth sein, ob es nicht angemessen wäre, bis zur Erledigung des fraglichen Streits wenigstens die beiden Bahnabtheilungen von Waldshut bis Erzingen und von Konstanz bis Singen dem Betrieb zu übergeben; sobald dieselben hiefür vollendet sind. Einer Eröffnung des Betriebes von Waldshut bis Schaffhausen möchten wir unter den dermaligen Verhältnissen das Wort nicht reden.

Vermischte Nachrichten.

— **München, 27. Okt. (R. Corr.)** In der heute hier stattgehabten Sitzung des außerordentlich verammelten Verwaltungsausschusses des Germanischen Museums behufs der Wahl eines ersten Vorstandes wurde der als Gelehrter rühmlichst bekannte Geh. Hofrath Mich. v. Scharf, früher Professor in Jena (auf welche Stelle er frei resignirt hat), unter Mitwirkung des Ehren- und früheren ersten Vorstandes, Hrn. v. Kuffel, einstimmig zum ersten Vorstande gewählt.

* **Frankfurt.** Dem gestern mitgetheilten Verzeichniß der badischen Mitglieder der großdeutschen Versammlung ist noch Hr. v. Stöckgen beizufügen.

— Das Städtchen Geyer im sächsischen Erzgebirge, welches 3836 Einwohner in 368 Gebäuden zählt und vor acht Jahren bereits 80 Häuser durch Brand verlor, hat am 17. d. M. abermals 74 Wohngebäude in Folge einer Feuersbrunst verloren. Die zahlreichen Abgebrannten sind vor der Hand sämmtlich soweit untergebracht, daß es beim Beginn der Nacht keine Obdachlosen mehr gab. Noch am demselben Nachmittage waren Brodlieferungen aus Annaberg, Buchholz und Ehrenfriedersdorf dort eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 31. Okt. 1. Abonnementskonzert des großh. Hoforchesters im großen Museumsaal, für das Gesammtpublikum zugänglich.

Sonntag, 2. Nov. 4. Quartal. 119. Abonnementsvorstellung. Robert der Teufel; große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer.

3.p.410. Bruchsal. Heute früh 7 Uhr entschlief in Folge von Altersschwäche sanft und gottgegeben dahier unser unvergesslicher Vater und Oheim, Michael, gewesener Major vom groß. bad. Armeekorps, in einem Alter von 84 Jahren und 6 Monaten.

Indem wir allen auswärtigen Verwandten und Freunden des Verbliebenen diese Trauerkunde mittheilen, bitten wir, die dem Dahingegangenen erwiesene Liebe und Freundschaft auch auf uns übertragen zu wollen, und versehen uns zu ihrer stillen Theilnahme.

Bruchsal, den 29. Oktober 1862.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Den Bau eines Musterhauses im nördlichen Theile des Erprinzengartens in der groß. Residenzstadt Karlsruhe betreffend.

Auf den Fall der Fortsetzung der Lammstraße durch den nördlichen Theil des Erprinzengartens soll darin ein Halbquadrat so zwar gebaut werden, daß längs dem zu überwallenden Landgraben vom Säulengang bis zur Lammstraße eine Häuserreihe in gleichem Style aufgeführt wird. Das Gebäude, dem Säulengang gegenüber, soll als Musterbau dreistöckig aufgeführt und dazu der Plan im Weg der Konkurrenz erhoben werden.

Diejenigen Herren Baumeister, welche sich bei dieser Konkurrenz zu betheiligen gedenken, werden eingeladen, sich an groß. Intendant der Hofdomänen zu wenden, welche Stelle ihnen das betreffende Programm nebst Situationsplan mittheilen wird.

Karlsruhe, am 22. Oktober 1862.
Groß. Intendant der Hofdomänen.

Neueste große Geldverlosung.

genehmigt und garantirt von der Herzoglich-Saarschweig-Lüneburger Landes-Regierung, in welcher nur Gewinne zur Entscheidung kommen.
Unter **17900 Gewinnen**, im Gesammtbetrage von **1 Million 73,200 Thaler**

befinden sich unter Anderem folgende Haupttreffer, als:

Table with 2 columns: Amount and Quantity. 1 Million 73,200 Thaler total.

Beginn der Ziehung am 11. u. 12. Decbr. 1862. Um der formwährend sich steigenden Theilnahme an dieser so sehr vortheilhaft eingerichteten Verlosung entsprechen zu können, hat sich die Regierung veranlaßt gesehen, die Zahl der Loose zu vermehren, sowie das Kapital bedeutend zu vergrößern.

Seit kurzer Zeit wurden uns unter unsrer so sehr beliebten Geschäftsbeziehung:

„Jetzt blüht das Glück im Weinberge“ die größeren Haupttreffer, als: 2mal 50,000 Thlr., 30,000 Thlr., 20,000 Thlr., 10,000 Thlr., und unzählige von 5000, 4000, 3000, 2500, 2000, 1000 Thlr. u. s. w. zu Theil.

Begünstigend hierauf empfehlen wir zu obiger Verlosung:

1/2 Original-Loose à Pr. Thlr. 4. —
do. do. „ „ 2. —

Auswärtige Aufträge mit Remissen versehen, selbst nach den entferntesten Gegenden, werden von uns prompt und verschwiegen effectuirt und amtliche Ziehungslisten, sowie Gewinnregister sofort nach Entscheidung zugesandt.

Gelder aller Länder werden zum Tages-Cours angenommen.

Kein Aufträge erbitten wir baldigt, da dieselben später nicht im Stande sein werden, auszuführen.

L. S. Weinberg & Co.,

Banquiers, Geldwechsel- und Staatspapier-Geschäft, Ankauf, Wechsel- und Kreditbriefe auf alle Handelsplätze, Auszahlungsbureau aller Coupons.

Hamburg.

3.p.424. Frankfurt a. M.

Ziehung am 15. Novbr. 1862: der Bayerischen Eisenbahnloose.

Jedes Loos muß im Laufe der Ziehungen gewinnen.

Gewinne des Anlehens fl. 25,000. fl. 20,000. fl. 15,000. fl. 10,000. fl. 5,000. fl. 3,000. fl. 2,000. fl. 1,000. fl. 500. fl. 100 u. s. w.

Der geringste Gewinn ist 8 Gulden.

1 Loos hierzu kostet nur fl. 1. —
6 Loose „ „ „ „ „ 5. —
14 „ „ „ „ „ 10. —

Gegen Einsendung des Betrags oder Postnachnahme zu haben bei dem concessionirten Großhandlungsbureau

H. Schottenfels in Frankfurt a. M.

Die beliebtesten kleinen Nr. von 1 bis 500 sind vorrätzig. Die Ziehungsliste wird gratis zugesandt.

3.p.412. Zürich.

Schweizerische Nordostbahn. Vergebung von Bauarbeiten.

Die Direktion der Nordostbahn wird unter Umständen belangreiche, im Laufe des bevorstehenden Winters durchzuführende Fundationsarbeiten für eine Eisenbahnbrücke über die Reuß bei Luzern an Bauunternehmer zu vergeben haben.

Unternehmer, welche die Ausführung dieser Bauten zu übernehmen geneigt sind, wollen die näheren Pläne und Vorschläge auf dem Bureau des Unternehmers auf dem Bahnhofsplatz in Zürich einsehen, wo ihnen auch jeglicher weitere Aufschluß, den sie etwa zu wünschen im Falle sein möchten, bereitwillig ertheilt werden wird.

Angebote, betreffend Uebernahme der anmit ausgeschriebenen Fundationsarbeiten, sind der Direktion der Nordostbahn bis längstens am **10. November** nächsthin verschlossen und mit der Ueberschrift: „Offerte für die Brückenfundationsarbeiten bei Luzern“ einzureichen.

Zürich, den 29. Oktober 1862.
Im Auftrage der Direktion der Schweizerischen Nordostbahn:
Der den Bau der Eisenbahn Zürich-Luzern leitende Ingenieur J. Tobler.

In der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in Karlsruhe ist zu haben:

Der Lehrer hinkende Note für 1863.

Preis 8 fr.

Postgehilfen-Gesuch.

Groß. Posthalter Geisingen sucht einen gekübten Postgehilfen zum sofortigen Eintritt.

Geisingen, den 28. Oktober 1862.
Santier, Posthalter.

Maurer-Gesuch.

Auf der Bahnstrecke von Pforzheim bis Mühlacker finden tüchtige Maurer gegen einen Tagelohn von 1 fl. 20 fr. bis 1 fl. 24 fr. längere Zeit Beschäftigung.

Die Bezahlung geschieht von Seiten der Bauverwaltung.
Pforzheim, den 30. Oktober 1862.
Groß. Eisenbahn-Inspektion.
Barnhäus.

Weinversteigerung.

Der Unterzeichnete läßt am Freitag den 7. November d. J., Vormittags 11 Uhr, seine selbstgezogene Weine, als:

Table listing wine types and quantities: 1862er, 1861er, 1860er.

einer öffentlichen Versteigerung aussetzen; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Bemerkung wird, daß am 23. Oktober die Weinlese beendet wurde.

Neuweier, den 25. Oktober 1862.

G. König, Dekonom.

Haus- und Gartenversteigerung.

Aus dem Nachlaß des verlebten Gärtners Johann Wilhelm Gier von hier werden im Geschäftszimmer des Herrn Notars Karl Philipp, Waldhornstraße Nr. 30 dahier, der Erbschaft wegen

Wittwoch den 19. November d. J., Vormittags 10 Uhr, zu Eigenthum öffentlich veräußert, und der Zuschlag ertheilt, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird:

- 1) Eine einjährige Behausung mit Hintergebäude, Holzstall, Schweineställe, Hofraum und Garten in der Durlacherthorstraße Nr. 93, neben Dreher Karl Hermann und Zimmermeister Christ. Hübnerheimer gelegen, Anschlag . . . 2300 fl.
- 2) Drei Viertel Garten in der Zien-Gemenn der Augarten (Bauplatz), neben Karl Zeitvogel und Feldwebel Wilhelm gelegen. . . Anschlag 1600 fl.

Die Versteigerungsbedingungen werden bei der Versteigerung bekannt gemacht, können inzwischen aber bei Herrn Notar Philipp eingesehen werden.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1862.
Groß. Stadtmagistrats-Notar.
G. Erbhard.

Salzfäcke-Lieferung.

Wir beabsichtigen, für das Jahr 1863 im Commisfionswege anzuschaffen:

- 50,000 Zweigantner-Säcke, 45" lang, 20" breit, bad. Maß.
- 30,000 Zweigantner-Säcke, 47" lang, 20" breit, bad. Maß.
- 18,000 Einigantner-Säcke, 33" lang, 16" breit, bad. Maß.

Die näheren Bedingungen können auf hiesigem Verwaltungsbureau eingesehen werden.

In den Angebots, welche bis Samstag den 15. November d. J., Vormittags 10 Uhr, mit

Stenanschlagespreisen in Prozenten ausgedrückt enthalten müssen, schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift

„Angebot zu Arbeiten an der Umladehalle in Mühlacker“

versehen bis längstens
Mittwoch den 12. November d. J.,
Mittags 12 Uhr,

bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.
Die urkundliche Bestätigung der eingelaufenen Offerte findet an demselben Tage, Mittags 2 Uhr, auf dem baumännlichen Bureau in Bruchsal statt, und können die Submittenten sich zu derselben einfinden.

Bruchsal, den 29. Oktober 1862.
K. Betriebsbauamt.
E. Bracher.

3.p.423. Bruchsal. (Fahndung.) J. U. S. gegen J. Bapt. Polich von Denheim, wegen dritten Diebstahls, werden, da J. Bapt. Polich der öffentlichen Verlobung vom 30. v. M. keine Folge geleistet hat, sämtliche betreffende Behörden ersucht, denselben im Falle seiner Betretung verhaften und woher auch hierher einliefern zu lassen.

Derselbe ist 29 Jahre alt, von unterlegter Statur, 5' 4" groß, hat ein rundes Gesicht von frischer Hautfarbe, blonde Haare, graue Augen, eine dicke Nase; trägt keinen Bart.

Bruchsal, den 27. Oktober 1862.
Groß. bad. Amtsgericht.
Dr. Schütz.

3.p.269. Nr. 19419. Heidelberg. (M. r. b. c. l.) J. U. S. gegen Valentin Apffel von Dossenheim, wegen Körperverletzung, hat das groß. bad. Hofgericht des Unterkreises durch Urteil vom 26. August d. J. zu Recht erkannt:

Valentin Apffel von Dossenheim sei der vorerwähnten, im Affekt verübten Körperverletzung des Heinrich Erb von Königshaus für schuldig zu erklären, und deshalb zu einer Amtesgefängnisstrafe von vier Wochen und zur Tragung der Untersuchungs- und Strafverfolgungskosten zu verurtheilen.

Dieses Urteil wird dem flüchtigen Angeklagten hiermit verkündet.

Heidelberg, den 15. Oktober 1862.
Groß. bad. Amtsgericht.
v. Lischg.

3.p.296. Nr. 9463. Ettlingen. (Aufforderung.) Elisabetha Merz von Buzenbach hat sich ohne Staatsverlaubniß in Amerika ehehlich niedergelassen, und wird aufgefordert, sich deshalb binnen 8 Wochen

zu verantworten, als sie sonst unter Verfüllung in die gesetzliche Geldstrafe des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt würde. Gleichzeitig wird deren Vermögen mit Beschlagnahme belegt.

Ettlingen, den 22. Oktober 1862.
Groß. bad. Bezirksamt.
Kutb.

3.p.330. Nr. 8942. Karlsruhe. (Aufforderung.) Simon Jakob Braun von Graben hat sich schon seit einigen Jahren von Hause entfernt und sich wahrscheinlich nach Nordamerika begeben.

Derselbe wird aufgefordert, sich innerhalb drei Monaten zu stellen, und wegen seines bösslichen Austritts zu verantworten, widrigenfalls er des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und die gesetzliche Strafe gegen ihn ausgesprochen wird.

Zugleich wird das Vermögen des Simon Jakob Braun mit Beschlagnahme belegt.

Karlsruhe, den 22. Oktober 1862.
Groß. bad. Landamt.
vdt. Schäfer.

3.p.181. Nr. 7281. Freiburg. (Dienstverletzung.) Durch das Ableben des Gerichtsvollziehers H. H. H. ist dessen Stelle als Gerichtsvollzieher und Gerichtsdiensthilfe erledigt worden.

Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 3 Wochen, unter Vorlage der vorgeschriebenen Zeugnisse, bei dem unterzeichneten Gerichte zu melden.

Freiburg, den 21. Oktober 1862.
Groß. bad. Landamtsgericht.
G. L. M. u. s.

Verdingung von Bauarbeiten.

Die Arbeiten zur Herstellung einer Umladehalle mit Verladerrampe auf dem Bahnhof Mühlacker werden höheren Auftrags zufolge hiermit zur Submission ausgeschrieben.

Dieselben sind nach dem Kostenanschlag berechnet:

Table with columns: Description, Amount, and Unit. Includes items like A. Die Grabarbeit zu 119 fl. 24 fr., B. die Maurer- und Steinbauerarbeit zu 4977 fl. 16 fr., etc.

Die Pläne, Kostenanschlag und Bedingungen sind bis 5. November auf dem württ. Baubureau in Mühlacker, und vom 6. November ab auf dem baumännlichen Bureau zu Bruchsal zur Einsicht aufgelegt.

Liebhaber zur Uebernahme dieser Arbeiten werden eingeladen, Angebote, welche den Abdruck an den Kostenanschlag angeheftet sind, bis

Freitag den 29. Oktober 1862, Vormittags 10 Uhr, auf dem hiesigen Bureau einzureichen.

Bruchsal, den 27. Oktober 1862.
K. Hof- u. Bauamt.
K. v. S.

Staatspapiere.

Frankfurt, 29. Oktbr. 1862.

Per cent. Defr. 5/10 Met. i. S. b. R. —, 5/10 do. in holl. St. —, 5/10 do. 1852 i. N. 77 C., 5/10 do. 1859 —, 5/10 Lomb. i. S. b. R. 87 1/2 C., 5/10 Venet. G. b. R. 77 1/2 C., 5/10 Nat.-Anl. 1854 65 C., 5/10 Met.-Obligat. 54 1/2 C., 5/10 do. 1852 b. R. 54 1/2 C., 4 1/2/10 Met.-Oblig. 48 1/2 C., 4/10 do. —, 5/10 Oblig. b. Rth. 107 1/2 C., 4 1/2/10 do. 102 1/2 C., 4/10 do. 99 1/2 C., 3 1/2/10 Staatsch. 91 C., 5/10 4. Emission 103 C., 4 1/2/10 1jährig 102 1/2 C., 4 1/2/10 1 1/2jährig 103 1/2 C., 4/10 1jährig 101 C., 4/10 1 1/2jährig 101 1/2 C., 4/10 Ablös.-Rente 100 1/2 C., 3 1/2/10 Obl. b. Rth. 106 C., 4/10 do. 104 1/2 C., 3 1/2/10 do. 98 1/2 C.

Baden 4 1/2/10 Obligation. 100 1/2 C., 4/10 do. 100 C., 3 1/2/10 do. v. 1842 95 1/2 C., 5/10 Obligation. 103 1/2 C., 4/10 do. 100 1/2 C., 3 1/2/10 do. 97 1/2 C., Nassau 5/10 Oblig. b. Rth. 103 1/2 C., 4 1/2/10 do. 102 1/2 C., 4/10 do. 100 C., 3 1/2/10 do. 95 1/2 C., Preuss. 5/10 D. b. R. à 105 93 C., 4/10 D. b. R. à 28 fr. b. C. 94 1/2 C., 3 1/2/10 Obligation. 99 1/2 C., 3/10 do. 94 C., Span. 3/10 int. Schuld 50 C., 2/10 Schuld 46 C., Belgien 4 1/2/10 D. i. Fr. à 28 fr. 100 C., 4 1/2/10 Obligation. 100 C., 4 1/2/10 Pf. b. S. & C. 98 1/2 C., Schw. 4 1/2/10 D. i. Fr. à 28 fr. 102 1/2 C., 4 1/2/10 Bern. St.-D. 101 1/2 C., 4/10 do. 95 1/2 C., 5/10 St. i. D. Fr. 28 98 C., N.-Am. 6/10 St. i. D. à fl. 2.30 —, 5/10 do. 1871 u. 74 —

Anlehens-Lose.

Defr. 250 fl. b. R. 1839 106 C., 250 „ „ 1854 71 1/2 C., 100 „ „ 1858 123 1/2 C., 500 „ „ 1860/61 173 1/2 C., 3/10 Pruss. R. M. 127 C., Schw. Rth. 102, 10 P., Bad. 50-fl.-Lose 102 P., „ 35- „ 54 1/2 P., Rth. 40 fl. L. S. R. 57 1/2 P., Gr.-Hess. 50 fl. L. S. R. 137 1/2 C., 25 „ „ 39 P., Nass. 25 fl. L. S. R. 38 1/2 P., Schw. 25 fl. L. S. R. 34 P., Säch. 36 fl. L. S. R. 53 C., Mail. 45 fl. L. S. R. 34 1/2 P., 2 1/2 fl. Rth. D. S. R. 36 1/2 P., Preuss. 40 fl. L. S. R. 92 1/2 C., Ansb.-Gumb. L. S. R. 104 1/2 P.

Wechsel-Kurze.

Amsterdam i. S. 100 1/2 C., Antwerpen 93 1/2 C., Augsburg. 2 1/2 fl. 100 „ 99 1/2 C., Berlin 104 1/2 C., Bremen 96 1/2 C., Weisfel 93 1/2 C., Köln 105 C., Hamburg 88 1/2 C., Leipzig 104 1/2 C., London 118 1/2 C., Maild. i. Fr. 200 „ 93 1/2 C., München 99 1/2 C., Paris 93 1/2 C., Wien 93 1/2 C., Disconto . . . 95 1/2 C.

Gold und Silber.

Pisiten fl. 9 39 1/2, Preuss. Friedrichs. „ 9 57, Holl. fl. 10 Stükke „ 9 46, Hamb.-Ducaten „ 5 34, 20-Frankenstücke „ 9 22 1/2, Engl. Sovereigns „ 21 48, Gold pr. Zollpfund „ 503-8, 500 fl. Stük. p. 3 Pfd. „ 52 30, Preuss. Cassens. „ 1 45 1/2, Dollars in Gold „ 2 25 1/2